



IVSH  
Industrieverband Schneid- und  
Haushaltwaren

# IVSH Bürokratiemonitor 2024

*„wir sind dabei uns zu  
Tode zu verwalten“*

Herausgegeben von:  
**Industrieverband Schneid- und Haushaltwaren e.V.**  
Neuenhofer Straße 24  
D-42657 Solingen  
Tel.: +4921222673-0  
www.ivsh.de  
E-Mail: [info@ivsh.de](mailto:info@ivsh.de)

## Der IVSH-Bürokratiemonitor 2024 - „Wir sind dabei uns zu Tode zu verwalten“

### Bürokratiemonitor des IVSH zeigt Ausmaß und Auswirkungen der Bürokratiebelastungen in der Schneid- und Haushaltwarenindustrie – dringender Handlungsbedarf

#### Executive Summary

Die Interessensvertretung der Schneid- und Haushaltwarenindustrie, der Industrieverband IVSH, führt nun jährlich einen Bürokratiemonitor durch, um die bürokratischen Belastungen in den Unternehmen der Branche zu erfassen. Ziel ist es, die aktuellen Herausforderungen zu identifizieren und konkrete Vorschläge zur Reduzierung der Bürokratie zu sammeln. Denn es besteht dringender Handlungsbedarf: **Der Bürokratiemonitor 2024 zeigt eindeutig, dass die bürokratischen Belastungen nicht nur in den letzten Jahren erheblich zugenommen haben** – entgegen der politischen Rhetorik und formulierten Ziele von EU und Bund, sondern das diese **insbesondere unsere mittelständischen Mitgliedsunternehmen zunehmend lähmen, wertvolle Kapazitäten für Innovation und Wachstum rauben und nicht zuletzt die Kosten in die Höhe treiben**. Hier muss schnell und konsequent gegengesteuert werden – Vorschläge hierzu unterbreiten wir mit dem Bürokratiemonitor ebenso. Diese reichen vom Abbau von redundanten und doppelten Berichtspflichten, der Digitalisierung und Prozesseffizienzsteigerung, bis hin zu konkreten Vorschlägen für einen Abbau von nicht mehr zeitgemäßen Regularien, Anforderungen sowie Doppel- und Überregulation.

Dieses Whitepaper fasst die wesentlichen Ergebnisse der Umfrage zusammen und formuliert Empfehlungen für die Politik und Verwaltung. An der Umfrage beteiligten sich rund 70% der IVSH-Mitglieder, was eine überdurchschnittlich hohe Rücklaufquote ist und u.E. die hohe Dringlichkeit des Themas für die Unternehmen unterstreicht. Struktur und Verteilung der Teilnehmenden stehen repräsentativ für die Branche.

Unsere Branche ist stark mittelständisch geprägt. Hier zeigen sich die Auswirkungen der Belastungen durch Bürokratie von mehreren Seiten und z.T. erheblich im Ausmaß: während Großkonzerne oftmals ohne größere Probleme regulatorische Belastungen auffangen können, fehlt es den Mittelständlern unserer Branche **hierfür an Zeit, Ressourcen, Kapazitäten, Personal und auch an Kapital, ein weiterer wirtschaftlicher Schlag in einer aktuell sehr herausfordernden Zeit**. So überrascht es nicht, dass eine Korrelation besteht zwischen

# IVSH-Bürokratiemonitor 2024

Unternehmensgröße und der als besonders hoch wahrgenommenen Belastung durch Bürokratie. **Noch gravierender ist, dass fast alle Unternehmen angeben, dass ihnen durch Bürokratie zunehmend neben dem wichtigen Faktor Zeit, vor allem Kapital und Ressourcen für Innovation, Wachstum und Stabilisierung des Geschäfts in mehr oder weniger desolaten Zeiten fehlen.** Bei KMU liegen die jährlichen Bürokratiekosten mittlerweile bei 2-3% des Jahresumsatzes. Perspektivisch ist davon auszugehen, dass diese Belastungen weitere Arbeitsplätze kosten werden, wenn es nicht zu einem schnellen, rigiden und wirksamen Umsteuern kommt.

**Als besonders lähmend und belastend werden die diversen neuen und alten EU-Regelungen (Verordnungen und Richtlinien) wahrgenommen.** Hier kam und kommt in den letzten Monaten ein regelrechter Regulierungstsunami auf unsere Branche zu. Viele dieser neuen EU-Verordnungen (CBAM, EUDR, CSRD, GPSR, etc.) zeichnen sich durch maximal praxisferne Regelungen, keine ausreichende Berücksichtigung der mittelständischen Realität und Umsetzbarkeit, handwerkliche Fehler, zu kurzen Übergangsfristen und fehlenden Informationen, Schnittstellen und Grundlagen aus. Das Problem liegt hier eindeutig regelmäßig auf Seite der EU-Kommission, nicht in Berlin. Die deutschen umsetzenden und durchführenden Behörden bemühen sich in der Regel nach Kräften und redlich zu informieren und auch zu unterstützen – leiden aber genauso unter fehlenden Informationen und handwerklichen Schwächen der aus Brüssel kommenden Verordnungen. Dies äußert sich z.B. in viel zu spät vorliegenden Leitfäden, nicht funktionalen online-Schnittstellen, usw..

Musterbeispiele hierfür sind p.e. die EUDR und CSRD: Selbst kurz vor dem „go-live“ liegen wichtige und essenzielle Grundlagen nicht vor, Leitfäden summieren sich auf über 50 Seiten. So kann selbst bei bestem Willen keine Umsetzung in den Unternehmen erfolgen – auch wenn die intendierten Ziele oftmals geteilt und als sinnvoll angesehen werden. **Dies führt (siehe Antworten in Anhang 1 und 2) zu Frustration und erodiert das Vertrauen der Wirtschaft in den Standort und z.T. auch in die Politik. Dies macht uns Sorgen – daher muss konsequent gegengesteuert werden!**

## Über den IVSH:

Der IVSH ist die legitime, bundesweite und allgemeine Interessenvertretung der Schneid- und Haushaltwarenindustrie. Wir vertreten den absoluten Großteil der Branchen, stehen für zehntausende Arbeitsplätze, sowie Milliardenumsätze. Unsere Industrie steht für schöne Produkte, die den Alltag der Menschen weltweit besser machen und sozialen Zusammenhalt ermöglichen (kochen, Picknick, etc.). Unsere Mitglieder schaffen Werte, Arbeit und Zukunft in Deutschland. Wir als Verband unterstützen sie dabei.

## Wesentliche Ergebnisse der Umfrage:

### 1. Unternehmensgröße und Bürokratiebelastung

- Die Mehrheit der teilnehmenden Unternehmen beschäftigt zwischen 10 und 49 Mitarbeitende.
- Unternehmen mit mehr als 250 Mitarbeitenden berichteten von hohen bürokratischen Belastungen, aber kleinere Unternehmen leiden am meisten unter negativen Auswirkungen. Gerade KMU haben überdurchschnittlich oft angegeben, dass die Belastungen sich deutlich erhöht haben.



### 2. Einschätzung der Bürokratiebelastung

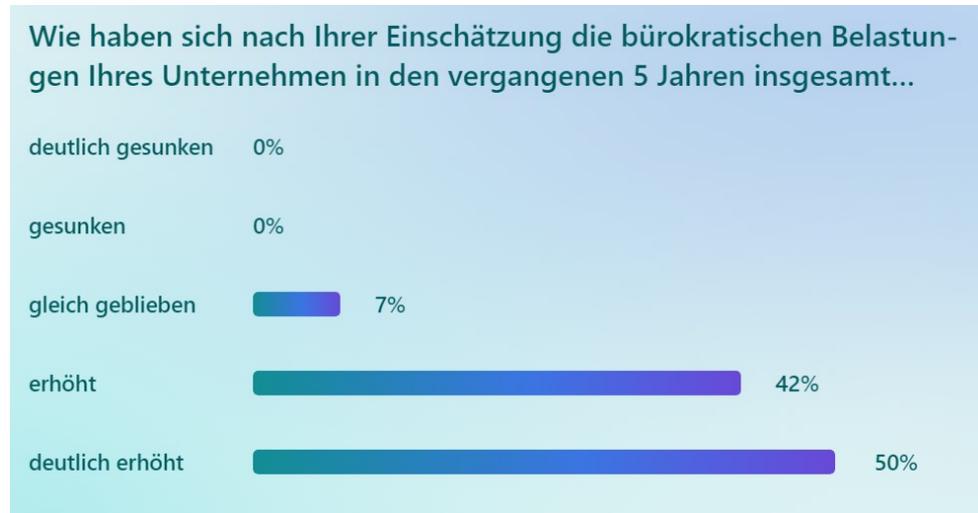
- Die bürokratischen **Belastungen wurden von der großen Mehrheit als hoch oder sehr hoch eingestuft.**



- In den letzten fünf Jahren haben sich die Bürokratiekosten in den meisten Unternehmen deutlich erhöht, entgegen der politischen Darstellung und von der

## IVSH-Bürokratiemonitor 2024

Politik formulierten Zielsetzung, dass es hier zu einer Reduktion der Belastungen kommt. Nur 7 % der Unternehmen gaben an, dass die Belastungen gleichgeblieben sind, **93 % sprechen von erhöhten Belastungen**, hiervon sogar **50 % von deutlich erhöhten Belastungen**.

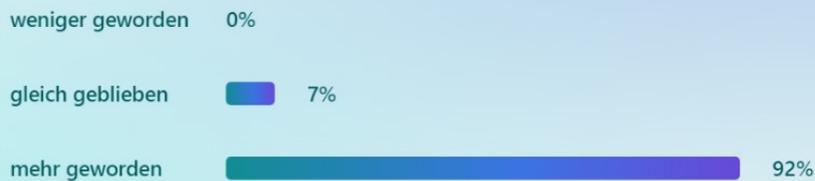


### 3. Bürokratie sorgt für empfindliche Belastungen und weniger Ressourcen für Zukunft

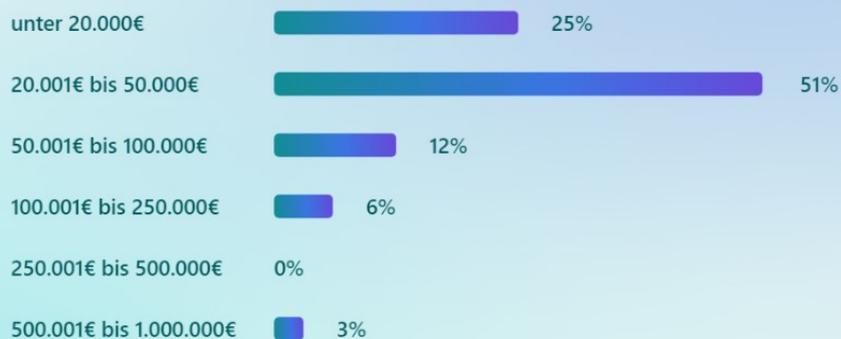
- Die zusätzlichen, bürokratischen Anforderungen erzeugen auch wirtschaftliche Belastungen für unsere Unternehmen und **schmälern die Ressourcen für Investitionen in Wachstum und Zukunft**, bzw. binden dringend benötigte Kapazitäten. KMU trifft dies überdurchschnittlich. Aus den Daten ist eine Korrelation abzulesen zwischen Unternehmensgröße und Wahrnehmung der zusätzlichen Belastungen und Aufwände. **Noch gravierender ist es, dass sowohl die Daten als auch qualitativen Interviews zeigen, dass gerade bei KMU die Bürokratiekosten aktuell in einem Bereich von 2-3% des Umsatzes liegen.** Dies berücksichtigt noch nicht mögliche Opportunitätskosten, sondern nur die erfassbaren Kosten (Personal, Zeit, Beratungsleistungen, etc.). Bei größeren Unternehmen liegt diese Quote etwas geringer. Obwohl politisch immer wieder betont wird, man wolle mittelständische Unternehmen weniger belasten, zeigt sich hier das Gegenteil. (KMU) sehen sich zunehmend mit Belastungen konfrontiert und fühlen sich in ihrem Tagesgeschäft überproportional behindert, was eine wirtschaftliche Abwicklung erschwert. (s.u.).

# IVSH-Bürokratiemonitor 2024

Haben sich die Bürokratiekosten in Ihrem Unternehmen in den vergangenen fünf Jahren verändert? (z.B. Aufwand personell, Zeit, Ber...



Können Sie beziffern/schätzen wie hoch die Mehrkosten im Jahr ungefähr sind? (Personal, Arbeitszeit, Investitionen, Beratung, etc.)



# IVSH-Bürokratiemonitor 2024

## 4. Themenbereiche der Bürokratiebelastung

- o Verteilung der Hauptbelastungen:



**Beispiele für Themenbereiche der Belastungen im Detail: Genese aus den Antworten der Unternehmen auf die offene Frage: *Bitte nennen Sie uns konkret die größten Bürokratielasten für Ihr Unternehmen* und aus persönlichen Interviews**

### Statistische Meldepflichten: Mehrfach, immer mehrfach dasselbe tun

- Unsere Unternehmen müssen regelmäßig verschiedene statistische Daten an Institutionen melden, wie z.B. Intrastat (Meldung über innergemeinschaftliche Warenbewegungen) oder Berichte an das Statistische Bundesamt. Diese Daten

# IVSH-Bürokratiemonitor 2024

müssen oft aufwendig aufbereitet werden und erfordern die Abstimmung verschiedener Abteilungen.

- Beispiel: Unternehmen berichten, dass es ähnliche Zahlen zu Umsatz und Mitarbeiterzahlen mehrfach an verschiedene Institutionen übermitteln muss – einmal an das Statistische Bundesamt, dann an EU-Behörden und teilweise an lokale Stellen.

## **Dokumentationspflichten: Nicht hat sich geändert, egal wer schreibt der bleibt**

- Ein Beispiel ist die umfangreiche Mehrfach-Dokumentation zur Lebensmitteltauglichkeit von Produkten. Hier müssen Unternehmen nicht nur nachweisen, dass ihre Produkte sicher sind, sondern auch zusätzliche Dokumente wie Konformitätserklärungen und Datenblätter immer wieder und mehrfach bereitstellen.
- Beispiel: Unternehmen berichten, dass es verschiedene Zertifikate und Unbedenklichkeitserklärungen für Materialien, Betriebsstoffe und Verpackungsmaterialien immer wieder neu ausstellen muss, obwohl sich die Anforderungen nicht ändern.

## **Berichtspflichten zur Nachhaltigkeit: Doppelt hält nicht besser, sondern lähmt**

- Nachhaltigkeitsberichte und Lieferketten-Dokumentationen nehmen einen großen Teil der Berichtsarbeit der mittleren und großen Unternehmen ein. Unternehmen müssen häufig detaillierte Nachhaltigkeitsanalysen erstellen, Fragebögen zu Lieferketten beantworten und gegenüber Partnern in der Lieferkette bestätigen, dass sie gesetzliche Mindestanforderungen einhalten. Anforderungen sind hier nicht harmonisiert, synchronisiert und „schlank“, es kommt zu doppelten Aufwänden. Die Lasten werden in Lieferketten nach unten durchgereicht.
- Beispiel: Ein Unternehmen berichtet von dem hohen Aufwand für die Erstellung von CO2-Reporten und Berichten zur Nachhaltigkeitsberichterstattung (CSRD). Dies erfordert oft externe Berater oder die Einstellung eines eigenen Nachhaltigkeitsbeauftragten. Dies ist insbesondere für KMU finanziell nicht zu stemmen.

## **EU-Verordnungen: Ein absoluter Wahnsinn in zu vielen Akten**

- Unsere Unternehmen sehen sich einer Vielzahl an EU-Verordnungen ausgesetzt, die oft sehr komplex und zeitaufwendig in der Umsetzung sind. Oftmals fehlen notwendige Informationen, Schnittstellen. Verordnungen sind nicht harmonisiert und widersprechen sich z.T. in ihren Anforderungen (z.B. Kunststoff-Verordnung und

# IVSH-Bürokratiemonitor 2024

Produktsicherheit/Lebensmittelkontaktmaterialien). Bedürfnisse von KMU werden kaum bis gar nicht berücksichtigt und Übergangsfristen sind für industrielle Zyklen regelmäßig unrealistisch kurz. Leitfäden liegen oft gar nicht oder zu spät vor und sind z.T. praxisfern.

- Beispiel: EUDR – „Entwaldungsfreiverordnung“:
  - Wichtige Elemente, wie z.B. die Schnittstelle zum EU-Portal, Leitfäden, Klassifizierung etc. sind noch nicht bereitgestellt bzw. nicht ausreichend oder belastbar.
  - Unzureichendes Benchmarking: Ein Benchmarking, bzw. die versprochene Risikoeinstufung von Ländern durch die EU, welche erheblich reduzierte Nachweispflichten mit sich bringen sollte, fehlt bisher oder wird erst später eingeführt.
  - Komplexität und Bürokratie: Unternehmen stehen vor einem enormen Aufwand, da viele bürokratische Prozesse mehrfach durchlaufen werden müssen bzw. neu sind, der Zeithorizont einer soliden Umsetzung ist zu gering bemessen, insbesondere wo die EU ihrerseits die notwendigen technischen und handwerklichen Schnittstellen und Informationen noch nicht geliefert hat und auch nicht absehbar ist, wann diese geliefert werden.
  - Mangelnde Synchronisation: Die Verordnung harmonisiert nicht ausreichend mit anderen bestehenden Regularien und Verordnungen (Sorgfaltspflichten), was zu zusätzlichen Schwierigkeiten und Redundanzen führt.

## **Langsame Reaktionen der Behörden: Mit zweierlei Maß schafft Frustration**

- Viele Unternehmen berichten, dass die Reaktionen der Behörden oft sehr langsam und Prozesse nicht digitalisiert sind, während gleichzeitig sehr hohe Anforderungen an die Unternehmen gestellt werden.
- Beispiel: Bei der Beantragung von Genehmigungen kommt es oft zu langen Wartezeiten, die die betriebliche Planung und Investitionen erheblich erschweren und demzufolge auch verhindern.

## **Datenschutzgrundverordnung (DSGVO): gold plating erschwert Situation**

- Die Umsetzung der DSGVO erfordert von Unternehmen, dass sie ihre internen Prozesse anpassen, Mitarbeiter schulen und regelmäßig Datenschutzberichte erstellen. Dies betrifft vor allem sensible Kundendaten, aber auch den internen Umgang mit Mitarbeiterdaten.

# IVSH-Bürokratiemonitor 2024

- Beispiel: Ein Unternehmen berichtet von einem erheblichen Mehraufwand durch die Anforderungen der DSGVO, der neben der internen Dokumentation auch umfangreiche Berichterstattung in verschiedenen Sprachen erfordert, wenn das Unternehmen international tätig ist. In Deutschland wird hier insbesondere das so genannte „gold plating“, also die im europäischen Vergleich deutlich striktere Auslegung als hindernd angemerkt.

## Compliance-Vorgaben für Große auch für Kleine

- Unternehmen müssen umfangreiche Berichte und Nachweise im Bereich Compliance bereitstellen, insbesondere im Zusammenhang mit Lieferketten und Nachhaltigkeit. Dies schließt ethische, soziale und ökologische Risiken ein. Grundsätzlich kein Problem, schwierig wird es nur wenn KMU Anforderungen erfüllen sollen, die eigentlich gar nicht für sie vorgesehen sind.
- Beispiel: Ein Unternehmen gibt an, regelmäßig „Social and Ethical Risk Management Questionnaires“ für seine internationalen Kunden ausfüllen zu müssen, die oft sehr umfangreich sind, auf den EU-Verordnungen basieren und das, obwohl die Verordnungen eigentlich keine Berichtspflichten für ein Unternehmen dieser Größe vorsehen.

## Überlagerung und Mehrfachmeldung: Ein Trend mit Potenzial zum Knock-Out

- Ein zentrales Problem ist die Vielzahl an Anforderungen, die sich oft überschneiden und ähnliche Daten mehrfach abverlangen. Unternehmen sehen sich gezwungen, dieselben Informationen verschiedenen Institutionen oder Kunden vorzulegen. Das kostet enorm viel Zeit, Geld und manpower.
- Beispiel: Ein Unternehmen gibt an, dass es die gleichen Daten – z.B. Umsatz- und Mitarbeiterzahlen, Klimaziele, etc. – mehrfach an verschiedene Behörden und Kunden melden muss, obwohl eine einheitliche Meldung effizienter wäre.

## Unwissenheit und Auslegung von Vorschriften: Auch Einkäufer überfordert

- Unternehmen berichten, dass oft auch die Einkäuferseite Unwissenheit im Umgang mit Gesetzen und Verordnungen zeigt und zusätzliche, überzogene Anforderungen stellt, die das Arbeitsleben erschweren.
- Beispiel: Ein Unternehmen klagt darüber, dass Einkäufer häufig ein „Maximum“ an Produktsicherheitsnachweisen fordern, obwohl dies gesetzlich nicht notwendig ist. Dies

führt zu zusätzlichem Aufwand in der Dokumentation und der Kommunikation mit Lieferanten.

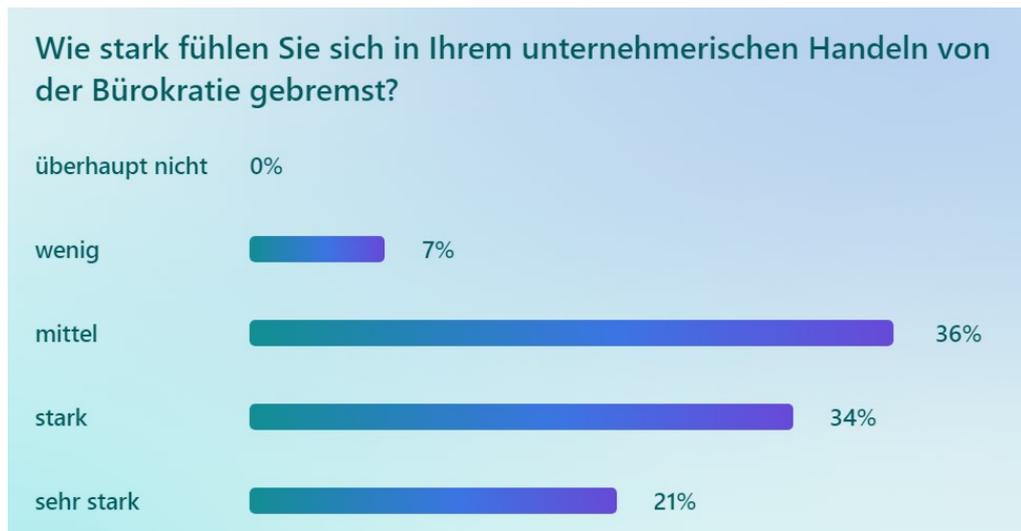
## ERP-Systeme und elektronische Rechnungen: Am besten vorgestern

- Ab 2025 müssen Unternehmen elektronische Rechnungen nicht nur empfangen, sondern auch erstellen können. Dies erfordert umfangreiche Anpassungen an den bestehenden ERP-Systemen.
- Beispiel: Ein Unternehmen muss sein gesamtes ERP-System umstellen, um den Anforderungen an die elektronische Rechnungsstellung gerecht zu werden. Dies bedeutet eine erhebliche Investition in Technologie und Schulung des Personals. Hier sind die Übergangsfristen viel zu kurz und nicht handhabbar.

Insgesamt zeigt sich, dass der Bürokratieaufwand für Unternehmen enorm ist und durch eine Vielzahl von Anforderungen und Meldepflichten stark zunimmt. Die Unternehmen sind gezwungen, erhebliche personelle und finanzielle Ressourcen in die Einhaltung dieser Vorschriften zu investieren, was ihre eigentliche Produktivität mindert. Besonders kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind hier stark belastet.

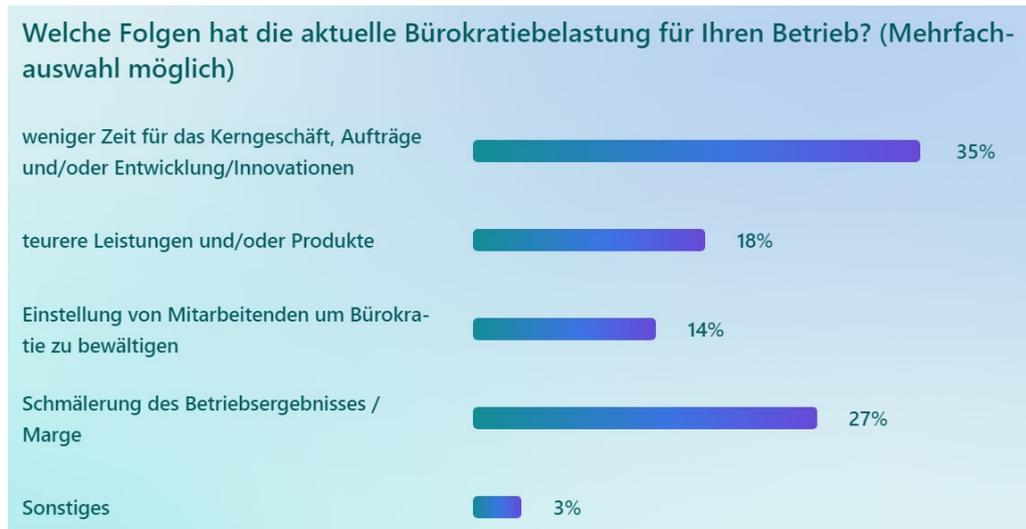
## 5. Bürokratie bremst Unternehmen in ihrem unternehmerischen Handeln

- **93 % der Unternehmen unserer Branche fühlen sich durch Bürokratie gebremst, 55 % fühlen sich sogar stark oder sehr stark in ihrem unternehmerischen Handeln gebremst.** Überdurchschnittlich stark betroffen sind hier unsere kleineren Unternehmen. Dies verfestigt den Eindruck, dass gerade kleine, mittelständische Unternehmen in unserer Branche besonders stark unter neuen Regulierungen und erweiterten bürokratischen Anforderungen leiden. Aber auch allgemein ist diese Feststellung alarmierend: Denn, anstatt sich auf die Entwicklung neuer, innovativer Produkte, Verfahren oder Prozesse zu konzentrieren, muss mittlerweile so viel Energie, Zeit und Geld für Regulatorik aufgewandt werden, dass an ein betriebswirtschaftliches Agieren im Sinne der Gewinnoptimierung nicht mehr zu denken ist. In einem angespannten Wettbewerbsumfeld verschlechtert dies die Wettbewerbsfähigkeit weiter, auch vor dem Hintergrund der internationalen Wettbewerber außerhalb der EU.



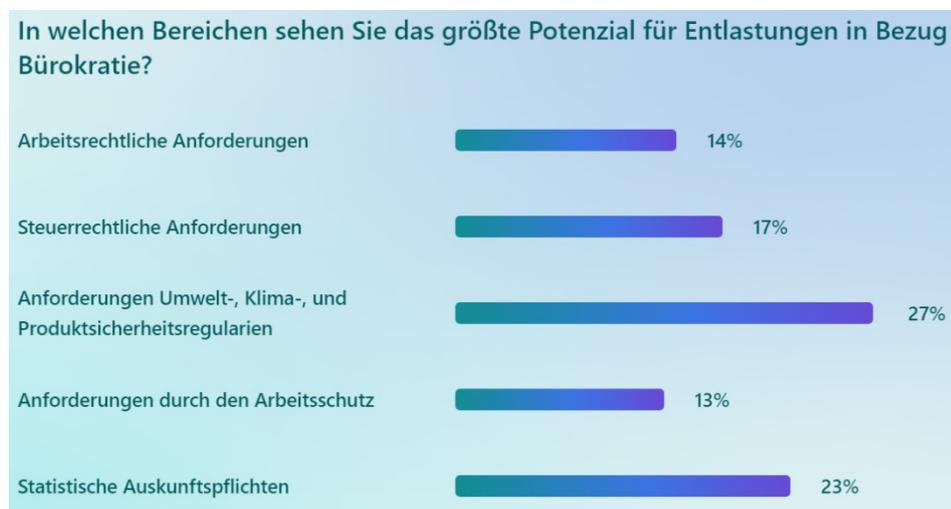
## 6. Folgen der Bürokratiebelastung

- Besorgniserregend ist, dass die folgende Bürokratiebelastung mittlerweile zu einer Bremse für Innovation, Wachstum und die Weiterentwicklung des Geschäftes wird, was sich unabsichtlich in teureren Produkten niederschlägt.
- Diese Erkenntnis gefährdet unsere Wettbewerbsfähigkeit von zwei Seiten:
  1. Weniger Zeit für das Kerngeschäft, Aufträge und/oder Entwicklung/Innovationen, Zukunftsinvestitionen
  2. teurere Leistungen und/oder Produkte
- Einstellung von Mitarbeitenden, um die Bürokratie zu bewältigen mit derzeit sehr hohen Personalkosten (Fachkräftemangel/Arbeitnehmermarkt), diese Ressourcen fehlen z.B. für Personal in den Bereiche Sales, Marketing, Produktdesign, Forschung, etc.
- Schmälerung des Betriebsergebnisses / Marge / Verluste, was zu weniger Investitionen in die Zukunft führt – ein Teufelskreis.



## 7. Potenziale für Entlastung

- Positiv festzustellen ist, dass unsere Unternehmen eine Vielzahl von Potenzialen für Entlastungen sehen und diese auch benennen konnten. Die Detailtiefe der Antworten ist beeindruckend und zeugt von hohem Leidensdruck, aber auch umfassenden Sachverstand.



## Vorschläge der Unternehmen und des IVSH für Entlastungen

1. **Digitalisierung und Vernetzung, jetzt aber mal wirklich!**
  - Verbesserung der digitalen Infrastruktur und Vernetzung der Behörden, um doppelte/mehrfache Meldepflichten zu vermeiden (z.B. Hub-Lösungen)
  - Einführung/Nutzung von KI zur Erledigung von Dokumentationspflichten unternehmens- und behördenseitig.
2. **Vereinfachung der Meldepflichten, machen nicht ankündigen**
  - Reduktion der Häufigkeit von statistischen Meldungen (z.B. von monatlich auf vierteljährlich).
  - Überprüfung der Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit bestehender Meldepflichten und Abbau von Doppelungen, bzw. Schaffung von Datenpools, Schnittstellen oder einer Hublösung.
3. **EU-Verordnungen neu denken**
  - Reduktion der Komplexität und des Verwaltungsaufwands bei der Umsetzung von EU-Verordnungen.
  - KMU Check: Verpflichtende prozessorientierte Praxistauglichkeitsprüfung („im doing“) aus Sicht von beispielhaften KMU („KMU Labs“), inkl. Praxistests neuer Gesetze und Verordnungen in Testregionen/Testbranchen, bevor sie flächendeckend eingeführt werden. Nur bei erfolgreichem Test: go live.
  - Plausibilitätscheck: kein Inkrafttreten mehr bevor solide Wechselwirkungen und Redundanzen zu bestehenden Verordnungen wirklich sauber geprüft wurden. Prüfung extern durchführen oder begleiten.
4. **Zusammenarbeit mit Behörden neu denken**
  - Schaffung kooperativer Ansprechpartner in den Behörden, um eine partnerschaftliche Zusammenarbeit und Unterstützung zu fördern, siehe z.B. Modelle in GB, Kanada, Österreich, etc.
  - Bessere Erreichbarkeit und direkte Kommunikationswege zu den zuständigen Stellen und Kultur des Supports, weniger der Kontrolle.
5. **Compliance Reporting standardisieren**
  - Verbindliche Standards und Prozesse für Reporting festlegen, wie aktuell z.B. beim VSME-Standard im Bereich Nachhaltigkeitsreporting, Akzeptanz dieser für „Große“ und Behörden verpflichtend machen

## Empfehlungen an die Politik

### 1. Bürokratieabbau und Entlastung der Unternehmen

- Einführung eines Bürokratie-TÜVs und KMU Check EU, Bund und Länder, der neue Gesetze und Verordnungen auf ihre Praxistauglichkeit und den bürokratischen Aufwand hin überprüft. Bestehende Verfahren und Kontrollrat hier nicht ausreichend.
- Regelmäßige Überprüfung und Verschlanung bestehender bürokratischer Anforderungen. One in, one out Prinzip ernst nehmen,

### 2. Förderung der Digitalisierung

- Investitionen in die digitale Infrastruktur und Förderung der Digitalisierung in Unternehmen und Behörden.
- Entwicklung und Bereitstellung von standardisierten, digitalen Lösungen zur Erfüllung von Meldepflichten und Umsetzung von Compliance-Pflichten.

### 3. Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit

- Reduktion der bürokratischen Hürden, um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu stärken.
- Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen durch gezielte zentrale Lösungen, Standardisierung und Einsatz innovativer Technologien.

## Fazit

Der IVSH-Bürokratiemonitor zeigt deutlich, dass die bürokratischen Belastungen in der Schneid- und Haushaltswarenindustrie erheblich sind und sich in den letzten Jahren weiter verschärft haben. Es besteht dringender Handlungsbedarf, um die Bürokratie zu reduzieren und die Unternehmen zu entlasten. Die vorgeschlagenen Maßnahmen und Empfehlungen bieten einen konkreten Ansatz, um die Bürokratiebelastungen zu verringern und die Wettbewerbsfähigkeit der Branche zu stärken.

# IVSH-Bürokratiemonitor 2024

## Anhang: Feedback und Vorschläge der Unternehmen

*Frage: Bitte nennen Sie uns konkret die größten Bürokratielasten für Ihr Unternehmen*

Antworten der Unternehmen:

statistische Meldepflichten, Aufbewahrung
Lieferkettengesetz, Entwaldungsgesetz, Arbeitssicherheit (hier speziell Gefährdungsbeurteilung und der damit verbundenen Mitarbeiterschulungen)
Es ist die Summe der Anforderungen, da "gefühl" jeder mit Anforderungen kommt.
Statistische Meldungen - Überprüfungen aus dem Arbeitsschutz mit eigenen, extra geschulten Mitarbeitern - Dokumentationspflichten
Statistiken und Erhebungen
Summe der Dinge, Vermehrte teils unangemeldete Besuche von: Bezirksregierung Düsseldorf, Stadt Solingen, Zoll. Erstens kosten diese Besuche Zeit, stören den Ablauf, und zum Schluss bekommt man noch eine Gebührenrechnung.
Prüfverfahren und Nachweise zur Lebensmitteltauglichkeit unserer Produkte oder persönlicher Schutzausrüstung (Hitzeschutzhandschuhe), Ausfüllen von Formularen der QS/QM unserer Kunden zwecks Nachweises der Lieferketten/Verhaltenskodex/Lebensmittelkonformität etc. (obwohl Gesetz das z.T. nicht vorsieht), mehrfache Meldung ähnlicher Zahlen/Nachweise an verschiedene Institutionen/Behörden
Aufwand zum Datenschutzgesetz, Behördenauflagen, Berichtspflichten gegenüber der Steuerbehörde, EU-Verordnungen, die sich auf das operative Geschäft des UN beziehen, Umweltauflagen und -umsetzungen
Statistische Meldepflichten, Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten, EU-Verordnungen (Produktsicherheit, Entwaldung, Nachhaltigkeit, Bedarfsgegenstände, etc.), Arbeitssicherheit
DSGVO und Compliance
Alle Meldepflichten teilweise für mehrere Behörden Fördermittel und formelle Vorgaben bei Fördermitteln
Hohe Ansprüche der Behörden stehen sehr langsame Reaktionen gegenüber Abwiegung und Vermeidungsmentalität - keine Partnerschaft
Es sind nicht allein nur die Gesetze und Verordnungen. Die Auslegung der Einkäufer und deren Unwissenheit im Umgang mit Gesetzen und Verordnungen bspw. beim Thema Produktsicherheit macht das Arbeitsleben extrem schwer, da von der Einkäuferseite meistens ein Maximum gefordert wird.
EU-Verordnungen
Verpackungsverordnung, statisches Bundesamt, Lieferantenkettengesetz

# IVSH-Bürokratiemonitor 2024

Ausstellen v. div. und immer neuen Zertifikaten -auch über Hilfs- u. Betriebsstoffe; Unbedenklichkeitserklärungen; ständig steuerrechtl. Änderungen aus EU-Vorgaben; aufwendiges Abrufen und digitales Verarbeiten von eAU; Prüfen von Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen von Leihkräften- sonst Mithaftung

Konformitätserklärungen  
Lebensmittelunbedenklichkeitserklärungen  
Datenblätter  
täglich neue EU-Verordnungen  
Datenschutzgrundverordnung

und ein weiterer, kleiner Auszug - ohne Anspruch auf Vollständigkeit:

Wesentlichkeits-Analysen  
Sustainability-Reports  
Fragebögen zu Lieferketten  
Bestätigung der Einhaltung Mindestlohn  
Nachhaltigkeitsanalysen  
Verpackungszertifikate  
Bestätigung der Einhaltung der gesetzlichen (Mindest-)Anforderungen  
Fragebögen zum Management von Umwelt-, sozialen und ethischen Risiken  
Individuelle Vertragswerke aus dem Ausland (nicht selten > 50 engbeschriebene Seiten) in Deutsch und Fremdsprache - z.T. basierend auf EU-Verordnungen  
Social and Ethical Risk Management Questionnaires  
Datenblätter  
DSGVO in sämtlichen Nuancen / Deutsch und mehrsprachig  
Co2-Reporte  
Berichte zur Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD)  
QS-/QM-Reporte  
Supplier-Survey - z.T. basierend auf EU-Verordnungen  
Qualitäts-Zertifikate  
(kleiner Auszug - ohne Anspruch auf Vollständigkeit!)

Einstellung eines Nachhaltigkeitsbeauftragten

siehe Punkt 6 in dieser Abfrage

EU-Verordnungen

Arbeitssicherheit, AP Beschreibung

EU Verordnungen und Gesetzliche Anforderungen:  
Z.B. Lieferkettensorgfaltsgesetz, Produktsicherheitsgesetz,  
PFAS

Statistik, Abrufen von AUs, Produktsicherheit, diverse Bestätigungen zu EU-Verordnungen (Bsp. REACH, DSGVO, Produktsicherheit, Lieferkettengesetz, Compliance etc.)

Waffenrecht

Schulungen, Sicherheitsunterweisungen, Ausfüllen für Informationspflicht, CO2 Berechnungen und Dokumentationen, ...

Intrastat Meldepflicht

sehr konkret ist jetzt eine Anpassung des ERP-Systems notwendig um die Anforderung, ab 2025 E-Rechnungen empfangen und später auch erstellen zu können, umzusetzen.

# IVSH-Bürokratiemonitor 2024

erhöhter Aufwand, um allen gesetzlichen Anforderungen gerecht zu werden, Personal muss sich um Dinge kümmern und kommt so nicht zur eigentlichen Arbeit, es werden externe Berater benötigt oder man muss selbst jemanden einstellen, der diese Last bewältigt

Dokumentation der Lieferketten, Änderung der Produktion auf Grund von Verbot diverser Materialien, Nachhaltigkeitsanalyse, Abfalldokumentation, etc...

steuergesetzliche Anforderungen/elektronische Krankmeldungen/Statistiken wie Intrastat und weitere von der EU verlangte Daten/Arbeitsschutzanforderungen/

*Frage: Nennen Sie uns konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau aus Sicht Ihres Unternehmens. Was muss Priorität beim Bürokratieabbau haben?*

Antworten der Unternehmen:

Lange Aufbewahrungszeiten, Aufwand bei Barverkauf reduzieren

Eine Verschlanung der Anforderungen. Weg vom Überprüfen des Überprüfers.  
Zuviel sinnlose Anforderungen in allen Bereichen.

Meldezeiträume für Statistiken von monatlich auf 3 oder besser 6 Monate ändern.  
Alle Stat. Meldungen sollten auf ihre Sinnhaftigkeit überprüft werden.  
Prüfvorschriften im Arbeitsschutz (z.B. Leitern und Regale) sind realitätsfremd und die Abstände der Prüfungen zu engmaschig.

Digitalisierungen vor allem im öffentlichem Dienst.  
Viele der Daten, die bei uns angefragt werden, haben evtl. andere Behörden bereits. ABER Vernetzung nicht vorhanden.

Vernetzung verschiedener Behörden/Institutionen, damit Meldungen nur einmal oder gar nicht mehr nötig sind (weil automatisiert),  
Abbau/Schrumpfung der QS/QM-Abteilungen (weniger Überregulierung innerhalb der Unternehmen), Datenschutz darf nicht alles andere ausbremsen, weniger strenge Vorgaben zur Lebensmitteltauglichkeit/Produktsicherheit

EU-Verordnungen (Produktsicherheit, Entwaldung, Nachhaltigkeit, Bedarfsgegenstände, etc.)

DSGVO

Klare Definitionen der Dokumente einfache Kopplung mit normalen BWAs und vorhandenen Auswertungen - kooperative Ansprechpartner

Das Thema ist zu komplex und sollte am Kopf gepackt werden. Reduktion der Verwaltungsangestellten um 25 Prozent würde automatisch eine Reduktion der Gesetzesflut bedeuten. Aber bis heute beobachten wir eher das Gegenteil, die Verwaltungen werden immer größer und die müssen leider alle eine Beschäftigung haben, ob sinnvoll oder nicht, wird nicht hinterfragt.  
Jedes Gesetz, das neu auf den Markt kommt, sollte wie bei einem neuen Produkt, das wir Hersteller auf den Markt bringen, auf den Prüfstand in einer Testregion kommen und auf Umsetzbarkeit in der Praxis getestet werden.

EU-Vorschriften

Erladigung von Dokumentationspflichten durch kostengünstige KI-Programme

Digitalisierung wird mit aller Gewalt durch jedes Dorf getrieben, es gibt jedoch nichts Genormtes. E-Rechnung z.B.: verschiedene Schnittstellen sind erforderlich, da Auswahl an Tools groß. Angebl. gewünschte Individualität sprengt die Kommunikation an so

# IVSH-Bürokratiemonitor 2024

vielen Stellen.

Anforderungen im Umweltschutz machen hierzulande alles kaputt - außereuropäisches Ausland profitiert, Umwelt jedoch nicht - wenn man eine Bilanz um den gesamten Planeten zieht.

Schon diese Frage verdeutlicht, wie grausam, verzweifelt und aus momentaner Sicht aussichtslos die Lage ist!

Wo soll man anfangen, wo aufhören!

Fast alles hat zwischenzeitlich Priorität!

Anstatt, alte Zöpfe radikal und ersatzlos abzuschneiden, kommen fast täglich neue hinzu!

Ohne erheblichen und sofortigen (!) Bürokratieabbau und Stopp weiterer bürokratischer Hürden kollabiert der Wirtschaftsstandort 'Deutschland' kurz über lang! Nachfolgelösung in klein- und mittelständischen Betrieben scheitern bereits heute vielfach, weil sich nachfolgende Generationen nicht mehr in der Lage sehen, neben dem Kerngeschäft den aktuellen bürokratischen Aufwand zu meistern!

Aber das sollte eigentlich alles bereits bekannt sein.

Unsere Politiker fordern mehr Work-/Life-Balance, unser Arbeitsminister Home-Office-Pflicht und die, denen schon das Wasser bis zum Hals steht, sollen nachts und am Wochenende die völlig ausufernden bürokratischen Aufgaben erledigen!

Unsere Regierungen (National und EU), unsere Abgeordneten und Mitarbeiter der Ministerien kommen meist nicht aus der Praxis und haben daher keinerlei Bezug zu den wesentlichen Erfordernissen, die es für eine (gut) laufende und wettbewerbsfähige Wirtschaft bedarf!

Wir sind dabei, uns 'zu Tode' zu verwalten!

Weniger Vorschriften/Regeln/Bürokratie und Abbau von Komplexität; wir versuchen alles immer sehr gerecht zu machen und machen es dann so kompliziert, dass niemand es mehr versteht und man teure Experten braucht (Stichwort: Steuererklärung auf dem Bierdeckel)

Bei EU-Verordnungen ist der Verwaltungsaufwand zu hoch und unübersichtlich

weniger Statistik, weniger EU-Verordnungen (z.B. Lieferkettengesetz)

Konsequente Digitalisierung vor allem im Datenaustausch

Abbau der Nachweispflichten in Bezug auf Lieferketten (EUDR, CBAM) etc. oder dem Datenschutz, jeder hinterlässt überall seine Spuren, aber wenn jemand einen Newsletter zu viel bekommt, ist das Geschrei groß

Die Dokumentation von Produktionsmaterialien, deren Herkunft und die Dokumentation von nachhaltigem Verhalten und der Abfallwirtschaft bringt einen enormen Aufwand mit sich. Wenn im Vorfeld bei der Einfuhr in die EU schon geprüft würde, ob der Rohstoff den EU-Richtlinien entspricht, muss das verarbeitende Gewerbe dieses nicht mehr dokumentieren. Gleiches gilt dann für die Abfallwirtschaft, nur in die andere Richtung. Zertifizierte Im- und Exporteure wären ein Lösungsansatz.

eine neue Regierung

Es gibt sehr viele Angaben, die im Prinzip bei den Ämtern schon vorliegen, trotzdem muss man alles wieder angeben. Daher würde helfen, wenn solche Daten intern von den anfragenden Stellen selbst eruiert würden. Das ist speziell im steuerlichen Bereich oder kommunalen Bereich so. Viele Formulare sind extrem unübersichtlich oder unverständlich formuliert.

Hier wäre eine Vereinfachung nötig. Die Ansprechbarkeit ist schlecht. Es muss eine bessere und direktere Erreichbarkeit da sein. Man muss für die gleichen Dinge sehr oft anrufen. In den städtischen Ämtern gibt es keine E-Mail-Adressen, auch bei vielen Krankenkassen nicht. Man muss telefonieren oder per Fax(!) schicken oder per Brief. Es gibt sicher noch mehr Punkte, die mir aber ad hoc jetzt nicht direkt einfallen.